

Most-Jubiläum

Tradition seit 25 Jahren: In Echterdingen wird am Rosenmontag aus heimischem Obst hergestellter Most prämiert.

Seite II



Filder-Zeitung



Mit Temperament

Einst tanzte Maria Mimrikova in der Weltspitze, heute unterrichtet die Wahl-Vaihingerin Anfänger und Turnierpaare.

Seite IV

Mittwoch, 17. Februar 2010

FIL



Autofahrer, die aus Richtung Bonlanden kommen, können nur noch hinter der Linde links abbiegen. Die direkte Fahrt in die Esslinger Straße ist derzeit untersagt.

Foto: Otto-H. Häusser

Autofahrer wollen Linde nicht umrunden

Harthausen. Die neue Verkehrsführung ist nicht nur bei Filderstädter Stadträten umstritten. Von Otto-H. Häusser

Seit einem Vierteljahr gibt es am Ortseingang von Harthausen eine veränderte Verkehrssituation. Autofahrer, die von Bonlanden kommen und in Richtung Esslinger Straße fahren wollen, dürfen nicht mehr sofort links abbiegen – sie müssen vorher um die dort stehende Linde herumkurven (die Filder-Zeitung berichtete).

Damit wurde ein Beschluss der Verkehrskommission umgesetzt, die einen Änderungsbedarf sah. Schließlich sei es der Normalfall, dass ein Verkehrshindernis – in diesem Fall die Linde – rechts und nicht links umfahren werde. Ein zusätzlicher Effekt der neuen Verkehrsführung ist, dass Radfahrer, die auf der Nordseite der Hauptstraße zur Fußgängerampel wollen, nun eine breitere Fahrspur haben.

Die Änderung der Verkehrsführung ist als Versuch angelegt. Er soll noch bis Juni dauern. Dann würden die Ergebnisse ausgewertet, sagt Stadtplanungschef Jürgen Brune. Er rechnet damit, dass sich der Technische Ausschuss im Herbst mit der Sache befasst und entscheidet, ob die bisherige provisorische Lösung zur endgültigen wird.

Allerdings zeichnet sich schon jetzt ab, dass einige Fraktionen die neue Verkehrsregelung nicht auf Dauer haben wollen. Und auch in der Bevölkerung gibt es Widerstand gegen die alternative Verkehrsführung. In der Tankstelle neben der Kreuzung werden bereits Unterschriften gesammelt. „Wir wollen die alte Verkehrsregelung wieder haben“, fordern die Unterzeichner. Seit Anfang des Jahres sind be-

reits rund 300 Unterschriften zusammengekommen.

SPD-Fraktionschef Walter Bauer hat sich schon kurz nach der Einrichtung des Provisoriums im vergangenen Herbst dagegen ausgesprochen. „Die Kreuzung war zwar gewöhnungsbedürftig, aber meines Wissens nach kein Unfallschwerpunkt“, sagte er damals. Inzwischen erklärt er, dass die 70 000 Euro für den endgültigen Umbau der Kreuzung anderswo dringender gebraucht würden. Das Geld könne man in Bernhausen für den Abriss der Krone und die Schaffung eines Parkplatzes an deren Stelle verwenden.

Dazu tendiert auch die Freie-Wähler-Fraktion. „Für die Radfahrer ist die jetzige Situation in Harthausen zwar besser, für die Autofahrer aber schlechter“, sagt FW-Stadtrat Robert Hertler. Um eine Entscheidung treffen zu können, müsse jedoch das Ergebnis des Versuchs abgewartet werden.

Dieser Meinung ist auch der Fraktionsvorsitzende von Grüne/FFL, Matthias Gas-

tel. „Es macht Sinn das Provisorium auszu-probieren“, sagt er. Für wichtiger hält er jedoch, dass ein anderer Beschluss der Verkehrskommission endlich umgesetzt wird. Auf Anregung der Grünen habe diese nämlich beschlossen, dass am Heuwiesenweg eine Furt für Radfahrer markiert wird. Für Radfahrer, die aus Richtung Bonlanden kommen, und über die Hauptstraße wollen, müsse außerdem der Gehweg zwischen Heuwiesenweg und Ampel verbreitert werden.

Auf Ablehnung stößt die umgestaltete Kreuzung bei der CDU-Fraktion. Der Versuch habe sich nicht bewährt, sagt Fraktionschef Christoph Traub. „Das haben Rückmeldungen aus der Bevölkerung und eigene Fahrerfahrungen ergeben“, sagt er. Für die jetzige Verkehrsführung spricht sich FDP-Fraktionsvorsitzender Johannes Jauch aus. „Für Radfahrer ist das eine gute Lösung“, sagt er und erklärt, dass der eingeschaltete Verkehrsgutachter auch keine Probleme für Lastwagen gesehen habe.

„Medial waren wir bislang eine Katastrophe“

Echterdingen. Steuersenkungen, Sozialstaatsdebatte, Klientelpolitik: Die FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelyny aus L.-E. verteidigt und kritisiert ihre Partei. Von Tim Höhn

Frau Skudelyny, wenn heute Bundestagswahl wäre, wären Ihre Wahlchancen deutlich schlechter. Die FDP hat viel Kredit verspielt, die Umfrageergebnisse sind miserabel.

Es ist normal, dass nach einer Wahl die Umfragewerte für Regierungsparteien schlechter werden. Man muss Kompromisse eingehen, das nehmen einem die Wähler übel.

Also hat die FDP nichts falsch gemacht? Doch, natürlich. Medial waren wir bislang eine Katastrophe. Dabei sind unsere Inhalte richtig. Wir haben Familien entlastet, Unternehmen entlastet – aber wir haben es nicht gut verkauft.

FDP-Chef Guido Westerwelle holzt derzeit munter auf den Sozialstaat ein. Vertritt er damit auch Ihre Meinung?

Ich hätte andere Worte gewählt. Aber Westerwelle provoziert eben gerne, das hat er immer und diesen Stil behält er bei. Und er hat damit eine notwendige Debatte angestoßen, was mit sanfteren Worten nicht gelungen wäre.

Vielleicht aber mit klügeren Worten. Ist Deutschland mit seinem Sozialstaat wirklich auf dem Weg in altrömische Dekadenz, wie Westerwelle suggeriert?

Ich finde es auch vermessen, Dekadenz in Zusammenhang mit Hartz-IV zu bringen. Das passt nicht.

Konkret: Erhalten Arbeitslose zu viel oder zu wenig Geld vom Staat?

Das lässt sich pauschal nicht beantworten. Aus meiner Erfahrung gibt es Hartz-IV-Empfänger, die kommen sehr gut klar mit ihrem Geld, andere überhaupt nicht. Das kommt auch auf die Personen an.

Die FDP erwirbt sich gerade wieder den Ruf, die Partei der Besserverdienenden zu sein. Ihnen wird Klientelpolitik vorgeworfen.

Ich persönlich betreibe keine Klientelpolitik. Ein Großteil unserer Steuerentlastung kommt Familien zugute.

Allerdings profitieren gerade Spitzenverdiener überproportional von der Erhöhung des Kinderfreibetrags.

Wir leiden in Deutschland unter einem allgemeinen Kindermangel, nicht nur bei denjenigen, die schlecht verdienen. Ich finde es richtig, dass Kinder in allen Einkommensschichten gefördert werden. Und wenn es nach mir ginge, hätten künftig alle Menschen mehr Geld in der Tasche, aber das geht natürlich nicht.

Immerhin haben jetzt Hoteliers mehr in der Tasche – dank eines äußerst umstrittenen und auch komplizierten Gesetzes. Sie wollten das Steuerrecht doch vereinfachen...

„Ich finde es auch vermessen, Dekadenz in Zusammenhang mit Hartz-IV zu bringen.“

Das liegt am Koalitionsvertrag. Wir wollten eine grundlegende Reform der Umsatzsteuer und konnten uns damit leider nicht durchsetzen. Wir sind eben nicht alleine in der Regierung.

Aber das Steuergeschenk für Hoteliers geht auf die FDP zurück.

Auch ich finde diesen Teil des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes noch immer nicht toll. Für unsere Region, die Filder, bringt das rein gar nichts. Aber es gibt Touristenregionen in Deutschland, die im massiven internationalen Wettbewerb stehen. Die Hotels dort hatten steuerliche Nachteile, die wir jetzt ausgeglichen haben. So stand es in unserem Wahlprogramm, und ich bin überzeugt, dass wir in diesen Regionen genau dafür gewählt worden sind.

Arbeit müsse sich wieder lohnen, hat Westerwelle gesagt. Klingt gut. Ist die FDP plötzlich für den Mindestlohn? Es sind ja vor allem Geringverdiener, für die sich Arbeit nicht lohnt.

Wir sind nach wie vor gegen den Mindestlohn, weil er Menschen aus der Arbeit herausdrängt. Mit einem Mindestlohn würden Arbeitsplätze verloren gehen.

Das ist ein Mantra Ihrer Partei. Aber ist das nicht paradox: Sie fordern Steuererleichterungen, damit die Deutschen mehr Geld aufs Konto kriegen. Auf der anderen Seite akzeptieren Sie Lohndumping.

Nein. Wir wollen, dass der Staat denjenigen hilft, die trotz Arbeit zu wenig Einkommen haben. Anders ist es nicht machbar.

In anderen Bereichen hat die FDP mit dem Staat wenig am Hut. Er soll sich möglichst raushalten aus der Wirtschaft, lautet ein weiterer Glaubenssatz der Liberalen.

Im Sozialstaat wird unglaublich viel Geld verschwendet, das nie bei den Menschen ankommt. Meiner Meinung ließe sich das effizienter regeln. Mit dem Mindestlohn jedenfalls retten wir gar nichts.

In den Kommunen, auch in L.-E., wird die Steuersenkungspolitik heftig kritisiert, von Kämmerern, Oberbürgermeistern, Bürgermeistern. Irren die alle?

Die Kommunen haben ein Problem, aber das liegt nicht an unserer Steuerpolitik, sondern an der Wirtschaftskrise, in der den Städten und Gemeinden die wichtigen Gewerbesteuererinnahmen wegbrechen. Wir wollen die Gewerbesteuer in ihrer heutigen Form abschaffen und die Gemeindefinanzierung auf eine ganz neue Grundlage stellen. Das müssen wir schnell angehen.

Was sagen Sie zu der aktuellen Debatte, ob Deutschland Daten über deutsche Steuersün-



Judith Skudelyny spricht sich beim Redaktionsbesuch gegen den Kauf der Steuersünder-CD aus. Deutschland müsse das Problem im „bilateralen Dialog“ lösen, sagt sie. Foto: Tim Höhn

der und ihr Geld auf Schweizer Konten kaufen soll oder nicht?

Ich bin gegen den Kauf, weil die Daten illegal erworben wurden. Der Staat ist ein Vorbild. Wenn wir uns nicht an Gesetze halten, wer sollte es dann tun?

Die Steuersünder tun es jedenfalls nicht. Deswegen müssen wir Druck machen auf Staaten und Banken. Wir erzielen keinen Fortschritt, wenn wir die Schweiz verärgern. Das Problem lösen wir letztlich dann,

Filderstadt erhält zwei neue Werkrealschulen

Filder. Das RP genehmigt neuen Schultyp auch in L.-E., Rohr und Waldenbuch. Von Natalie Kanter

Kaum ein Thema hat die Gemüter in Filderstadt derart erhitzt, wie die Zukunft der Hauptschulen. Mittlerweile sind jedoch die Weichen gestellt und das Kultusministerium sowie das Regierungspräsidium (RP) haben grünes Licht gegeben. Das Bonlandener Bildungszentrum Seefälle darf sich zu einer Werkrealschule des neuen Typs weiterentwickeln. Die Genehmigung wurde erteilt. Der Schulbezirks-Personalrat hat nun am Montag auch der Einrichtung einer Werkrealschule an der Gotthard-Müller-Schule in Bernhausen zugestimmt. „Das Genehmigungsschreiben wird in den kommenden Tagen verschickt“, klärt RP-Sprecher Clemens Homoth-Kuhs auf.

Die Entscheidung der Personalvertretung musste noch abgewartet werden, weil die Einrichtung einer Werkrealschule in Bernhausen mit der Auflösung des Hauptschulzuges an der Sielminger Wielandschule verknüpft ist, erklärt Annette Bürkner, die Leiterin des Filderstädter Amtes für Familien, Schulen und Vereine. Lehrer müssen versetzt, Personalentscheidungen getroffen werden. Schüler und Eltern sollen über die Veränderungen der Filderstädter Schullandschaft informiert werden. Am Dienstag, 9. März, organisieren Lehrer der Hauptschulen im Bürgerzentrum Bernhausen, an der Bernhauser Hauptstraße, einen Infoabend. Er beginnt um 20 Uhr.

Die neue Schularbeit gibt es natürlich nicht nur in Filderstadt. Im Verbreitungsgebiet der Filder-Zeitung haben auch die Pestalozzischule in Rohr und die Oskar-Schwenk-Schule in Waldenbuch eine positive Nachricht vom RP erhalten. Letztere muss jedoch bis Ende März nachweisen, dass ihre Schülerzahlen für eine neue Werkrealschule ausreichen. Der Stadt L.-E. wird in den kommenden Tagen die Genehmigung für die Ludwig-Uhland-Schule ins Rathaus flattern, informiert Homoth-Kuhs.